

Es kam, wie es kommen musste Insolvenzstatistik Unternehmen 2009

Hochrechnung

Wien, 21.12.2009

Niemanden wird es verwundern, dass die Unternehmenspleiten im Jahr 2009 in die Höhe gegangen sind. Das hatten wir alle genauso erwartet. Tatsächlich hielt sich der Zuwachs durchaus in Grenzen: Die Zahl der eröffneten Verfahren stieg um 14,4 % auf 3.742 Fälle – die Zahl der mangels Masse abgewiesenen Konkurse um über 3 % auf 3.151 Fälle.

Insgesamt gab es bei den Unternehmensinsolvenzen einen Anstieg von 9,2 % auf 6.893 Fälle. Damit bleibt das Insolvenzgeschehen 2009 hinter der Erwartung zurück, und der bisherige Spitzenwert aus dem Jahr 2005 mit über 7.000 Insolvenzfällen wird damit nicht übertroffen oder auch nur eingestellt.

Insolvenzen von Unternehmen machen betroffen, zu allererst die Eigentümer und Inhaber der Unternehmen, dann aber die dort Beschäftigten und die Gläubiger. Die Bedeutung für die Wirtschaft lässt sich anhand der betroffenen Dienstnehmer und der Verbindlichkeiten am besten verdeutlichen. Im Jahr 2009 ist die Zahl der von Insolvenzen betroffenen Dienstnehmer um 34 % auf 28.400 angestiegen und die Schulden der insolventen Unternehmen betragen mit knapp über 4 Mrd. Euro sogar fast 37 % mehr als im Vorjahr. Auch diese Schuldenhöhe ist kein Rekord – das Jahr 1995 (Konsum) hatte höhere Insolvenzpassiva aufzuweisen.

Zusammengefasst: Es war ein schwieriges Jahr für die Wirtschaft, doch blieben die Insolvenzen spürbar hinter der Erwartung (12 – 15 %) zurück. Österreichs Wirtschaft hat sich als robuster erwiesen als wir das erwartet hatten.

Ein schönes Land – ein gutes Land

Österreich steht mit diesen Zahlen verhältnismäßig gut da, jedenfalls im internationalen Vergleich. Schon zum Halbjahr war absehbar, dass es praktisch in allen Industrieländern zu satten zweistelligen Zuwachsraten kommen würde. Österreich liegt mit einem noch knapp „einstelligen“ Zuwachs am unteren Ende dieser Skala - und ist somit auch besser als der europäische Schnitt von ca. 35 %.

Das hat zweifellos mit der guten inländischen Liquidität zu tun: Österreicher sind Nettosparer – Österreicher haben Geld, und haben es im Jahr 2009 auch ausgegeben: für Wärmedämmung, Hausrenovierung, für schon lang geplante Anschaffungen und auch für das eine oder andere neue Auto.

Dabei zeigen aber die österreichischen Bundesländer zum Teil erhebliche Divergenzen in der Entwicklung des Insolvenzgeschehens:

Bundesland	Fälle 2009	Fälle 2008	Veränderung
Wien	2.181	1.983	10,0%
Niederösterreich	1.018	981	3,8%
Burgenland	195	208	-6,3%
Oberösterreich	950	779	22,0%
Salzburg	452	357	26,6%
Vorarlberg	263	251	4,8%
Tirol	488	462	5,6%
Steiermark	895	896	-0,1%
Kärnten	451	398	13,3%
Gesamt	6.893	6.315	9,2%

© KSV1870

Die starken Zuwächse kamen 2009 aus den westlichen Bundesländern Salzburg und Oberösterreich. Die Steiermark dagegen hatte z. B. schon 2008 eine deutlich überdurchschnittliche Zuwachsrate, sodass es 2009 zu einer nur schwachen Entwicklung auf hohem Niveau kam. Die östlichen Bundesländer haben die Insolvenzwelle 2009 noch wenig zu spüren bekommen – Wien liegt zwar im Mittelfeld, doch Niederösterreich deutlich darunter und Burgenland vollends gegen den Trend mit etwas über minus 6 %.

Betrachtet man nun die eröffneten Insolvenzverfahren, so wird der regionale Unterschied noch deutlicher.

Bundesland	eröffnete Fälle 2009	eröffnete Fälle 2008	Veränderung
Wien	1.108	987	12,3%
Niederösterreich	709	654	8,4%
Burgenland	154	155	-0,6%
Oberösterreich	544	418	30,1%
Salzburg	166	94	76,6%
Vorarlberg	92	88	4,5%
Tirol	226	205	10,2%
Steiermark	519	473	9,7%
Kärnten	224	196	14,3%
Gesamt	3.742	3.270	14,4%

© KSV1870

Das wirtschaftlich relevante Insolvenzgeschehen findet natürlich in den eröffneten Verfahren seinen Niederschlag: Das sind die Firmen mit vielen Mitarbeitern, das sind die Firmen mit Vermögen, das sind die Firmen, die auch saniert werden können oder zumindest in abgespeckter Form weiterbestehen. Aus diesen Verfahren werden die Verbindlichkeiten aufaddiert und hier ist das Gros der betroffenen Dienstnehmer beschäftigt.

Die Wirtschaftsstrukturen der österreichischen Bundesländer sind durchaus unterschiedlich: dominieren z.B. in der Steiermark und in Tirol die Metallverarbeitung und der Maschinenbau, so ist Wien als Industriestandort praktisch von der Bühne abgetreten. Wien ist Verwaltungszentrum für Österreich wie für die Vereinten Nationen, aber natürlich auch für eine Reihe von großen Konzernen, die aus Wien heraus ihre Zentral- und Osteuropaaktivitäten lenken. Dass der größte Insolvenzfall des Jahres 2009 – die Marta Unternehmensberatung – eine solche osteuropäische Holdinggesellschaft betrifft, darf als Beweis für das Gesagte gelten. Salzburg wieder ist das Handels- und Importbundesland Österreichs mit verhältnismäßig geringer eigener industrieller Fertigung. Und das Burgenland hatte eine Reihe struktureller Defizite in den vergangenen Jahren auszustehen, sodass es verhältnismäßig besser in die Krise gegangen ist, als manch anderes österreichisches Bundesland.

Welche Branche hat es wie getroffen?

Die Analyse der betroffenen Branchen hatte schon im Jahr 2008 erkennen lassen, dass vor allem die industrielle Fertigung, die Exportgüterindustrie und Transport hart getroffen wurden. Dieser Trend hat sich 2009 deutlich verstärkt.

	eröffnete Verfahren 2009	eröffnete Verfahren 2008	Veränderung
Bauwirtschaft	659	662	-0,5%
Textilwirtschaft/Leder	85	77	10,4%
Maschinen und Metall	227	130	74,6%
Lebens- und Genussmittel	109	134	-18,7%
Holz/Möbel	104	77	35,1%
Glas/Keramik	43	26	65,4%
Elektro/Elektronik	61	45	35,6%
Gastgewerbe	425	393	8,1%
Transportmittel/Kraftfahrzeuge	122	122	0,0%
Papier/Druck/Verlagswesen	68	45	51,1%
Uhren/Schmuck/Foto/Optik	29	23	26,1%
Verkehr/Nachrichtenübermittlg.	275	241	14,1%
Chemie/Pharmazie/Kunststoffe	56	37	51,4%
Freizeitwirtschaft	40	43	-7,0%
Elektronische Datenverarbeitung	93	96	-3,1%
Bergbau/Energie	21	8	162,5%
Unternehmensbez. Dienstleistungen	673	555	21,3%
Land/Forstwirtschaft/Tiere	67	60	11,7%
Privat	119	112	6,3%
sonstige Bereiche	466	384	21,4%
Gesamt	3.742	3.270	14,4%

Hinter der zahlenmäßig kleinen Branche Bergbau/Energie liegt die wichtige Branche Maschinen/Metall mit einem Zuwachs an Verfahren von ca. 75 %, gefolgt von Glas/Keramik, Holz/Möbel und Papier/Druck. Deutlich unterdurchschnittlich hat sich das Gastgewerbe entwickelt - vollends gegen den Trend die Bauwirtschaft und Lebens- und Genussmittel. Die Österreicher haben 2009 gebaut und gegessen. Das hat diesen beiden Branchen gut getan. Die Binnennachfrage hat auch die Branchen Freizeitwirtschaft gegen den Trend bewegt, die ein Minus von 7 % verzeichnet.

Die Ursachen der Insolvenzentwicklung – eine Standortbestimmung

"Wie war's in Köln am Rhein vordem
mit Heintzelmännchen so bequem"

A. Kopisch

Das Wachstum der vergangenen Jahre war in viel zu hohem Maß auf Kredit aufgebaut. Ohne Rücksicht auf Nachhaltigkeit oder Werthaltigkeit der Investitionen wurden Immobilien entwickelt und verkauft, wurden Autos gebaut und verkauft, wurden Großprojekte des Tourismus entwickelt und noch lange nicht verkauft. Alles auf Kredit. Die Volkswirtschaftler und die Politiker sagen dazu, dass das Wachstum eben viel geringer ausgefallen wäre, wenn es den Kredit nicht gegeben hätte. Das Wachstum war aber in wesentlichen Teilen künstlich und überzogen. Die Korrektur war notwendig, hat aber noch gar nicht in vollem Umfang stattgefunden.

Wie dereinst Köln mit seinen Heintzelmännchen hat die Weltwirtschaft mehr als eine Dekade lang den Kredit als einen Motor der Wirtschaft und als Quelle aller Wachstumswunder angesehen. Er ist es nicht. Kredit ist immer ein Geschäft mit der Zukunft und nur wenn das Versprechen seiner Rückzahlung auch eingelöst werden kann, ist er gesund gewesen. Kann dieses Versprechen nicht gehalten werden, dann entstehen Verluste die letztlich verteilt werden müssen. Der Konkurs ist so ein Verlustverteilungsmechanismus. Und jede überzogene Entwicklung, jede Fehlinvestition führt irgendwann zu diesen Verlusten.

Daher ist es an der Zeit umzudenken. Die vergangenen 10 - 15 Jahre haben bekanntlich vor allem deshalb so gut funktioniert, weil bei jeder Wolke am Himmel der Konjunktur neues und noch billigeres Geld in die Märkte gepumpt wurde, damit das Wachstum nur ja nicht zusammenbreche, damit die Zuversicht in noch schnellere, höhere und bessere Gewinne nicht getrübt werde.

Im vergangenen Jahr, im Angesicht des Zusammenbruchs von Lehman Brothers, haben die Regierungen der OECD-Länder nun gemeinsam noch mehr und noch billigeres Geld der Wirtschaft zur Verfügung gestellt. Die Wirtschaftsentwicklung und Insolvenzentwicklung der vergangene 12 Monate kann daher nur unter diesem Umstand bewertet werden. Es geht in Wahrheit um eine sanfte Notlandung, sofern es so etwas überhaupt geben kann. Die Heintzelmännchen dagegen gibt es nicht und das ewige Wachstum auf Kredit ebenso wenig. Die Türme bleiben am Boden – die Bäume wachsen nicht in den Himmel.

Der Schutz des Kredits

"Denn werden kann nur
was schon immer war"

E. Kästner

Es ist eine verbürgte Wahrheit, dass der Mensch über ein verblüffend kurzes Gedächtnis verfügt. Wir müssen daher heute alles wieder lernen, was noch unsere Eltern wussten. Spätestens seit dem Jahr 1912, dem Jahr des Untergangs der Titanic, wissen wir, dass menschliche Fehlleistung auch das größte und beste Schiff im Nu versenken kann. Bankenpleiten am laufenden Band. In Österreich wollen wir uns so etwas nicht vorstellen – die USA verzeichnen heuer bereits die 130. Bankenpleite. Kaufmännische Vorsicht bei der Bilanzierung gehört gesetzlich vorgeschrieben. Die strengen Regeln des „alten HGB“ stammen aus der Zeit nach der Wirtschaftskrise 1873; wir selbst haben diese Regeln erst vor kurzem abgeschafft. Wir werden sie wieder einführen müssen, um zu verhindern, dass Hoffnung und Hype bilanziert werden können.

Auch Österreich wird sich damit abfinden müssen, dass es Marktgesetze gibt, die auch respektiert werden müssen. Nicht der Markt hat unrecht, sondern am Ende immer jene, die seine Gesetze ignorieren oder auszuhebeln versuchen.

Statt mit Eigenkapital ist unsere Wirtschaft viele Jahre mit Kredit ganz hervorragend gewachsen. Die Anleger wollen Sicherheit, und daher haben sogenannte Garantieprodukte Hochkonjunktur. Als unsinkbar galten bis vor kurzem große Banken und große Versicherungen. Diese haben aber zuweilen aberwitzigen Spekulationen auf den Aktien- und Immobilienmärkten durch Kapitalgarantien eine scheinbare Absicherung gegeben. Risikoinvestitionen wurden so zu Kreditprodukten. Der Kredit aber hat versagt. Weil er in dieser Konstellation versagen muss.

Jetzt gehen die Politiker einen Schritt weiter und verpfänden den Kredit des Staates dort, wo die großen Finanzkonglomerate den eigenen Kredit verloren haben. Das ist eine gefährliche Strategie, denn sie riskiert das Vertrauen der Bürger in den Staat und seine Entscheidungsträger. Wie schützen wir diesen Kredit?

Den Kredit schützt, wer im Vorhinein genau prüft, wem er das Geld leiht und was damit geschehen soll. Wenn der Kreditnehmer das Geld produktiv investiert, wird er mit größerer Wahrscheinlichkeit zurückzahlen können, als jener, der mit dem geborgten Geld ein Konsumgut anschafft. Risikoinvestitionen sollten auch nur mit Risikokapital finanziert werden. Das ist Geld, das nicht zurückgezahlt werden muss. Beherzigt man diese Prinzipien, wird der Kredit geschützt: indem er selektiv vergeben wird oder gar nicht.

Sobald der Kredit aber gegeben ist und in Not gerät, kann man ihn auch damit schützen, dass der Kreditgeber frisches Geld nachreicht. Damit wird die Not für den Tag beseitigt aber letztlich nur hinausgeschoben. Der Kredit ist dann zumeist nur scheinbar geschützt worden. Jetzt ist ein noch größerer Kredit draußen, dessen Schutz noch schwieriger ausfallen wird.

Banken haben gelernt, dass Kredite manchmal besser gesperrt werden, auch wenn das den Konkurs des Kreditnehmers nach sich zieht. Auch der Staat als Kreditgeber muss dies beherzigen. Denn sonst droht der Staatsbankrott, der sich vor allem dadurch auszeichnet, dass die Kreditgeber des Staates, und das sind zuallererst seine eigenen Bürger, ihm nicht mehr vertrauen und ihr Geld anderswo anlegen.

Ausblick auf 2010

Die Insolvenzentwicklung in Österreich blieb mit 9,2 % hinter der Erwartung des Vorjahres spürbar zurück. Österreich kann sich aber von der allgemeinen Entwicklung nicht vollkommen abkoppeln. Wenn wir vor einem Jahr davon ausgingen, dass jene Branchen, die es am raschesten und damit als erste getroffen hat, auch am schnellsten wieder „aus dem Wald“ herauskommen werden, so ist heute zu konstatieren, dass die Kapazitätsanpassung (Reduktion) vielfach noch nicht stattgefunden hat. So wurde bis dato weltweit keine einzige Autofabrik geschlossen. Es sind aber genau solche Kapazitätsreduktionen erforderlich, bevor die auf dem Markt verbleibenden Unternehmen wieder mit Gewinnen rechnen können. Je länger diese Reduktion daher auf sich warten lässt, desto später und schleppender wird der Aufschwung kommen. Mit diesem Aufschwung schon 2010 zu rechnen, erscheint daher als verfrüht und zu optimistisch. Das Jahr 2010 wird z. B. die Nachwirkungen der Schrottpremie spüren, die ja nur einen (möglicherweise teuer erkaufenen) Vorzieheffekt hatte. Die angepeilte sanfte Landung muss noch stattfinden.

Daher ist für 2010 mit keinem Rückgang der Insolvenzen zu rechnen, sondern mit einem weiteren Anstieg. Und der wird nicht schwächer ausfallen als 2009, sondern tendenziell stärker. Der KSV1870 erwartet daher für 2010 einen weiteren Zuwachs der Unternehmensinsolvenzen von 12 % gegenüber 2009. Von Entwarnung kann damit noch keine Rede sein.

Für den Inhalt verantwortlich:

Dr. Hans-Georg Kantner, Leiter KSV1870 Insolvenz

Rückfragenhinweis:

Karin Stirner

Leiterin KSV1870 Unternehmenskommunikation

Telefon 050 1870-8226, e-Mail: stirner.karin@ksv.at, www.ksv.at

Unternehmensinsolvenzen 2009 (Hochrechnung)

	2009	2008	Veränderung	
Eröffnete Insolvenzen	3.742	3.270	+	14,4 %
davon bereinigte gerichtliche Ausgleiche	41	42	-	2,4 %
davon Konkurse und Anschlusskonkurse	3.701	3.228	+	14,7 %
Mangels Masse abgewiesene Konkursanträge	3.151	3.045	+	3,5 %
Gesamtinsolvenzen	6.893	6.315	+	9,2 %
Geschätzte Insolvenzverbindlichkeiten in EUR	4,1 Mrd.	3,0 Mrd.	+	36,7 %

Die geschätzten Insolvenzverbindlichkeiten dürfen nicht mit den tatsächlichen Verlusten aus Insolvenzen gleichgesetzt werden. Zu berücksichtigen sind Quotenzahlungen im Rahmen von Ausgleichen und Zwangsausgleichen, Ausschüttungen aus Verwertungen von Konkursmassen sowie Sonderrechte aufgrund von Aus- und Absonderungsrechten.

Betroffene Dienstnehmer	28.400	21.200	+	34,0 %
--------------------------------	---------------	---------------	----------	---------------

Gesamtinsolvenzen im Bundesländervergleich

Bundesland	Fälle 2009	Fälle 2008	Passiva 2009 in Mio. EUR	Passiva 2008 in Mio. EUR
Wien	2.181	1.983	1.268	850
Niederösterreich	1.018	981	482	531
Burgenland	195	208	95	73
Oberösterreich	950	779	806	453
Salzburg	452	357	261	112
Vorarlberg	263	251	78	78
Tirol	488	462	229	256
Steiermark	895	896	585	442
Kärnten	451	398	251	174
Gesamt	6.893	6.315	4.056	2.969

Die bisher größten Insolvenzen sind:

„MARTA“ Unternehmensberatungs GmbH, Wien	Konkurs	EUR	150,0 Mio.
Interliner Gruppe („Interliner“ Transporte und Spedition GmbH, Ried/Tr., Rumpmayr KG, Ried/Tr., Residenz Häupl Hotelbetriebs GmbH, Seewalchen, Intermontana Transport AG, Radfeld, Mag. Thomas Rumpmayr, Ried/Tr., Dr. Rainer Rumpmayr, Seewalchen, NanoPartner Technologie GmbH, Ried/Tr).	Konkurse	EUR	136,7 Mio.
non ferrum Metallpulver Ges.m.b.H. & Co.KG., St. Georgen	Konkurs	EUR	100,0 Mio.
Quelle Aktiengesellschaft, Linz	Konkurs	EUR	88,0 Mio.
Holzindustrie Theresia Häupl GmbH, Vöcklamarkt	Anschlusskonkurs	EUR	79,0 Mio.
Leitinger Gruppe (Holzindustrie Leitinger GmbH, und Leitinger Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH), Wies	Konkurse	EUR	71,4 Mio.

Gesamtinsolvenzen nach Branchen

nach Anzahl der Verfahren

1. Unternehmensbezogene Dienstleistungen	1.246 Verfahren	€ 968,9 Mio.
2. Bauwirtschaft	1.089 Verfahren	€ 425,3 Mio.
3. Gastgewerbe	957 Verfahren	€ 187,8 Mio.

Gesamtinsolvenzen nach Branchen nach Summe der geschätzten Passiva

1. Unternehmensbezogene Dienstleistungen	€ 968,9 Mio.	1.246 Verfahren
2. Maschinen und Metall	€ 479,6 Mio.	290 Verfahren
3. Bauwirtschaft	€ 425,3 Mio.	1.089 Verfahren

Wien, 21.12.2009

Insolvenzstatistik für Unternehmen sowie Private

Die Insolvenzstatistik liefert Informationen über alle Insolvenzverfahren Österreichs (eröffnete Insolvenzen sowie mangels Masse abgewiesene Konkursanträge) nach Höhe der Forderungen, aufgeteilt nach Bundesländern, nach Branchen und nach Rechtsformen. Grundlage der Analyse sind einerseits die übermittelten Daten der zuständigen Landesgerichte sowie Bezirksgerichte und andererseits Informationen aus der KSV-Wirtschaftsdatenbank. Der KSV erstellt diese Auswertungen regelmäßig zum ersten Quartal, zum ersten Halbjahr, für das erste bis dritte Quartal sowie eine Jahresauswertung. Zusätzlich gibt ein ausführlicher Insolvenzkomentar einen Überblick über die aktuelle wirtschaftliche Situation Österreichs. Der Vergleich der Insolvenzdaten bildet den aktuellen Stand der Konjunktur ab. Der Auswertung der KSV-Insolvenzstatistik liegt ein standardisiertes Verfahren zugrunde, welches regelmäßig die gleiche Art der Analyse liefert und daher die Insolvenzzahlen seit Jahren konsistent abbildet. Durch die Vergleichbarkeit der KSV-Statistiken ergeben sich Interpretationsspielräume, die ein realistisches Bild der zugrundeliegenden Analyse im gesamtwirtschaftlichen Kontext widerspiegeln. Eventuell auftretende Abweichungen – bei abgewiesenen Konkursanträgen, eröffneten Verfahren – erklären sich daraus, dass je nach Verfahrensart die Insolvenz einer Firma nur ein Mal pro Jahr gezählt wird. Auch Änderungen der Gerichtszuständigkeit während des Insolvenzverfahrens können leichte Verschiebungen möglich machen.

Rückfragenhinweis:

Karin Stirner

Leiterin KSV Unternehmenskommunikation

Telefon: 050 1870-8226, e-Mail: stirner.karin@ksv.at

Wo es Schulden gibt, darf es auch Probleme geben Insolvenzstatistik Private 2009

Hochrechnung

Wien, 21.12.2009

Österreicher haben Geld, sie haben aber auch Schulden. Das Verhältnis dieser beiden Faktoren ist grundsätzlich in Ordnung, denn das Geldvermögen der Österreicher übersteigt locker die Schulden der Österreicher. Dass es sich dabei um jeweils verschiedene Personengruppen handelt, versteht sich von selbst: **die einen haben es – die anderen schulden es.**

Wo es Schulden gibt, darf es nicht verwundern, dass es auch Zahlungsprobleme gibt. Das ist vor allem deshalb natürlich, da Private Schulden ja in der Regel für Konsumanschaffungen machen, also eine Art inverses Sparen: Es wird sofort konsumiert und parallel zum Konsum zurückgezahlt und zwar aus zukünftigen persönlichen Einkünften aus unselbständiger Arbeit. Dass es aber bei „Änderungen der Zukunft“ zu Engpässen kommen kann, ist dabei verständlich und statistisch erfassbar. Tatsächlich sind die Österreicher gute Zahler, solange sie zahlen können. Die **Zahlungsmoral ist im europäischen Vergleich gut** und interessanterweise während des Jahres 2009 noch besser geworden. Das gilt nicht nur für Unternehmen, sondern auch für Privatpersonen.

Wenn es aber Schulden gibt, die nicht mehr bezahlt werden können, hilft der Privatkonkurs, wie das Schuldenregulierungsverfahren in Österreich genannt wird. Der Name hat etwas leicht irreführendes, denn **diesem Verfahren haftet schon lange nichts Privates mehr an** – weder von der Zahl derer, die es in Anspruch nehmen, noch hinsichtlich der damit verbundenen Publicity.

Im Jahr 2009 wurde für 9.076 Personen ein Privatkonkursverfahren eröffnet. Das waren um 7 % mehr als im Jahr davor. Der Zuwachs erscheint schwach, gemessen an den Turbulenzen in der Wirtschaft und an den Zuwächsen bei den Insolvenzverfahren über Unternehmen (14,4 % Zuwachs). Das hat damit zu tun, dass ein Privatkonkursverfahren in Österreich nur dann zu einer Entschuldung führt, wenn auch **tatsächlich Zahlungen an die Gläubiger** geleistet werden können. Und die Fähigkeit regelmäßig zahlen zu können, nimmt in Zeiten schwacher Konjunktur und eines „gedrückten“ Arbeitsmarktes eher ab. Springt dann die Konjunktur wieder an, verbessert sich der Arbeitsmarkt, und es kommt zu stärkeren Zuwächsen beim Privatkonkurs. Das war in den vergangenen 14 Jahren so und lässt sich auch für 2009 gut beobachten.

Die Zuwächse kommen nicht gleichmäßig aus allen Bundesländern: Es lassen sich regionale Unterschiede beobachten und erklären:

Bundesland	Fälle 2009	Fälle 2008	Veränderung
Wien	3.634	3.372	7,8%
Niederösterreich	890	806	10,4%
Burgenland	208	168	23,8%
Oberösterreich	1.158	1.043	11,0%
Salzburg	451	422	6,9%
Vorarlberg	586	593	-1,2%
Tirol	768	749	2,5%
Steiermark	614	627	-2,1%
Kärnten	767	700	9,6%
Gesamt	9.076	8.480	7,0%

© KSV1870

Wien ist in der Vergangenheit immer das oder eines der am stärksten wachsenden Bundesländer gewesen. Schulden sind ein städtisches Phänomen und Schulden sind auch ein Phänomen, das stark mit Migrationshintergrund zu tun hat. Nicht sosehr deshalb, weil nicht in Österreich geborene Personen schlechte Zahler wären, sondern weil ihre Beschäftigungsverhältnisse nicht so stabil sind, wie die der Inländer. In schwierigen Zeiten verlieren sie offenbar früher die Anstellung, in schwierigen Zeiten sinkt ihr Einkommen. Sie sind bei den pragmatisierten Dienstverhältnissen deutlich unterrepräsentiert. Das zeigt sich dann spürbar bei den Insolvenzzahlen. Da der Privatkonkurs zumeist auf Eigenanträgen der Schuldner beruht, signalisiert er auch eine Bereitschaft und das Wollen, die bestehenden Schulden in den Griff zu bekommen. Also signalisieren hohe Insolvenzzahlen nicht nur das verbreitete Vorhandensein von Schulden, sondern auch eine Form der über die Insolvenz hinaus weiterwirkenden Zahlungsmoral.

Bundesland	Eröffnete Konkurse	Einwohner 2007	Insolvenzen per capita (1000)
Wien	3.634	1.664.146	2,18
Vorarlberg	586	364.940	1,61
Kärnten	767	560.407	1,37
Tirol	768	700.427	1,10
Salzburg	451	529.574	0,85
Oberösterreich	1.158	1.405.674	0,82
Burgenland	208	280.257	0,74
Niederösterreich	890	1.589.580	0,56
Steiermark	614	1.203.918	0,51
Gesamt	9.076	8.298.923	1,09

© KSV1870

Die obenstehende Grafik verdeutlicht diese Aussage und zeigt auch, dass hohe Zuwachsraten (Burgenland – Oberösterreich) nicht unbedingt zugleich auch hohe Insolvenzdichte bedeuten muss. Das Burgenland hat möglicherweise „Aufholbedarf“ und

Oberösterreich hatte von Anbeginn des Verfahrens (1995) eine Art Vorreiterrolle eingenommen. Das hat nicht unwesentlich mit der Beratungsinfrastruktur zu tun, die in den Bundesländern nicht überall gleich dicht ausgeprägt ist.

Das neue Konkursrecht:

Seit mittlerweile 5 Jahren wird über Änderungen des Privatkonkursrechtes diskutiert. Seit etwa 1,5 Jahren liegen diese Gespräche nun auf Eis, da die Wirtschaftskrise Änderungen beim Unternehmensinsolvenzrecht vordringlich erscheinen ließ. Von den Kritikern des geltenden Rechts wird immer wieder ins Treffen geführt, dass

- nicht alle Schuldner von den Schulden befreit werden können und
- daher viele Schuldner diesen steinigen Weg gar nicht gehen wollen.

Daher sollte das Konkursrecht eine **quasi automatische Entschuldung** gestatten. Und das für alle, die Schulden haben, die sie nicht (mehr) bedienen können.

Dass diese Forderungen nicht auf Gegenliebe stoßen, ist leicht nachvollziehbar. Weder bei den Gläubigern, um deren Geld es sich ja letztlich handelt, noch bei den Gerichten, die nicht über die erforderliche Infrastruktur verfügen, um einen möglichen Ansturm von zigtausenden Schuldnern zu verkraften. Daher sind die zuletzt gemachten Vorschläge einer **amtswegigen Konkursöffnung** auch nicht mit allzu großer Begeisterung aufgenommen worden. Denn tatsächlich lohnen sich gerichtliche Verfahren nicht, wenn sie weit mehr kosten, als sie den Beteiligten bringen können. Volkswirtschaftlich betrachtet ist es daher durchaus sinnvoll, die Verfahren nur dort durchzuführen, wo tatsächlich eine Zahlungswilligkeit der insolventen Schuldner gegeben ist, und auch eine gewisse minimale Zahlungsfähigkeit. Schon heute sind Verfahren, bei denen Schuldner EUR 70,- oder EUR 100,- pro Monat an die Gläubiger leisten, keine Seltenheit, und die typischen Schuldner mit Verbindlichkeiten um oder unter EUR 50.000,- können auf diese Weise über 6 Jahre Laufzeit einen Betrag von EUR 7.200,- aufbringen und haben damit einen Rechtsanspruch auf Restschuldbefreiung.

Eine Novelle des Privatkonkurses wird es aber voraussichtlich erst geben können, wenn der wichtigere Punkt auf der Agenda der Bundesregierung abgearbeitet ist, nämlich das IRÄG (Insolvenzrechtsänderungsgesetz) 2009 für den Unternehmenskonkurs. So wie es heute aussieht, wird dieses Gesetz kaum vor Mitte 2010 in Kraft treten können, zu groß sind die inhaltlichen Differenzen, die sich im Zuge der Begutachtung herauskristallisiert haben.

Kreditschutz im Bereich der Verbraucher

Kredite können nur so gut sein, wie die Information, auf die sie aufbauen. Die Europäische Union hat mit der Richtlinie 2008/48/EG vom 23. April 2008 die Mitgliedsländer verpflichtet, gewisse Maßnahmen zur besseren und transparenteren Behandlung von Verbraucherkrediten zu ergreifen. Diese Richtlinie soll durchaus den Schutz der Konsumenten ausbauen (da steht sie in der Tradition mit früheren Richtlinien zum Verbraucherkredit), aber auch den Binnenmarkt fördern. Der EU sind dabei unter anderem folgende zwei Themen wichtig:

- die **verantwortliche Kreditvergabe** und
- die **Öffnung des Marktes** für Verbraucherkreditprodukte in Europa.

Die verantwortliche Kreditvergabe findet sich in der Bestimmung des **Artikels 8 der Richtlinie**.

(1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass vor Abschluss des Kreditvertrages der Kreditgeber die Kreditwürdigkeit des Verbrauchers anhand ausreichender Informationen bewertet, die er gegebenenfalls beim Verbraucher einholt und erforderlichenfalls anhand von **Auskünften aus der in Frage kommenden Datenbank**.

In Österreich sind Banken bereits jetzt durch die Bestimmung des § 39 BWG gehalten, ein ausreichendes Risikomanagement einzurichten, das ihnen die Beurteilung der Kreditrisiken gestattet. Anders gesagt, Banken müssen auch von Rechts wegen das tun, was sie als umsichtige Kreditgeber ohnehin machen, nämlich das Kreditrisiko ausreichend prüfen. Diese Verpflichtung schafft jedoch keinen direkten Anspruch des Kreditnehmers, in den Genuss einer besonders genauen und zutreffenden Kreditprüfung zu gelangen. Dies ändert sich nun allerdings insofern, als durch Art 8 der Richtlinie klar gestellt wird, dass es sich auch um eine Verpflichtung aus Gründen des Konsumentenschutzes, also im Interesse des Kreditnehmers, handelt.

Im Übrigen sind die Mitgliedsländer gemäß Art. 9 der Richtlinie gehalten, einen **europaweiten wettbewerbsneutralen Zugang zu der jeweiligen Datenbank** zu schaffen bzw. zu gewährleisten, damit eben ein einheitlicher europäischer Markt entstehen kann, bei dem auch sogenannte grenzüberschreitende Kreditierungen im Binnenmarkt zu gleichen Chancen gewährt werden können.

An der Umsetzung dieser Richtlinie zum sog. **Verbraucherkreditgesetz** wird derzeit im BMJ gearbeitet, es soll dort auch bereits ein ausgearbeiteter Entwurf liegen, der demnächst zur Begutachtung ausgesendet werden muss, da diese innerstaatliche Umsetzung bereits am 12.05.2010 geltendes Recht sein soll. Dabei steht nun endlich zu erwarten, dass dieses Verbrauchercreditgesetz mit einem Unfug aufräumt, der darin besteht, dass sich nach der Lesart der österreichischen Gerichte jedermann gemäß **§ 28 Abs 2 DSG** aus einer **Bonitätsdatenbank** löschen lassen kann. Nicht nur, dass diese Lesart schon nach geltendem Datenschutzrecht eigentlich nur durch eine unreflektierte und der Wortinterpretation allzu verpflichtete Auslegung des Begriffes „**öffentlich zugänglich**“ möglich war und bekanntlich zu groben **Wertungswidersprüchen** führt. Diese Auslegung nimmt weiters weder Rücksicht auf die EU RL 45/95 (Datenschutz), die ein derartiges Lösungsrecht definitiv weder kennt noch gestatten würde, noch die bereits seit zwei Jahren in Kraft befindliche und eben demnächst in österreichisches Recht umzusetzende Richtlinie über den Verbrauchercredit. Denn wie sollte denn nach der Vorstellung der Damen und Herren Richter eine Bank die Kreditwürdigkeit eines Verbrauchers angemessen prüfen können, wenn gleichzeitig nicht gewährleistet ist, dass Banken die Daten dorthin einmelden und dass diese Daten bei Bedarf auch verlässlich zur Verfügung stehen.

Daher rechnen wir fest damit, Ihnen aus Anlass der nächsten Quartalsstatistik berichten zu können, dass die Kreditprüfung in Österreich bezüglich natürlichen Personen als Kreditnehmer wieder so verlässlich und klaglos funktioniert, wie dies vor den Urteilen der österreichischen Gerichte der Fall war und wie dies auch die Urheber der EU-Richtlinie über den Verbrauchercredit zweifellos vor Augen hatten.

Für den Inhalt verantwortlich:

Dr. Hans-Georg Kantner, Leiter KSV1870 Insolvenz

Rückfragenhinweis:

Karin Stirner, Leiterin KSV1870 Unternehmenskommunikation
Telefon 050 1870-8226, e-Mail: stirner.karin@ksv.at, www.ksv.at

Privatkonkurse 2009 (Hochrechnung)

	2009	2008	Veränderung	
Eröffnete Schuldenregulierungsverfahren	9.076	8.480	+	7,0 %
Geschätzte Insolvenzverbindlichkeiten	1.130 Mio.	1.039 Mio.	+	8,8 %

Eröffnete Privatinsolvenzen im Bundesländervergleich

Bundesland	Fälle 2009	Fälle 2008	Passiva 2009 in Mio. EUR	Passiva 2008 in Mio. EUR
Wien	3.634	3.372	363,6	328,3
Niederösterreich	890	806	159,8	131,5
Burgenland	208	168	39,4	31,9
Oberösterreich	1.158	1.043	144,7	130,0
Salzburg	451	422	65,3	62,7
Vorarlberg	586	593	56,3	64,3
Tirol	768	749	99,4	101,9
Steiermark	614	627	104,3	101,7
Kärnten	767	700	97,0	86,8
Gesamt	9.076	8.480	1.129,8	1.039,1

Wien, 21.12.2009

Insolvenzstatistik für Unternehmen sowie Private

Die Insolvenzstatistik liefert Informationen über alle Insolvenzverfahren Österreichs (eröffnete Insolvenzen sowie mangels Masse abgewiesene Konkursanträge) nach Höhe der Forderungen, aufgeteilt nach Bundesländern, nach Branchen und nach Rechtsformen. Grundlage der Analyse sind einerseits die übermittelten Daten der zuständigen Landesgerichte sowie Bezirksgerichte und andererseits Informationen aus der KSV-Wirtschaftsdatenbank.

Der KSV erstellt diese Auswertungen regelmäßig zum ersten Quartal, zum ersten Halbjahr, für das erste bis dritte Quartal sowie eine Jahresauswertung. Zusätzlich gibt ein ausführlicher Insolvenzkommentar einen Überblick über die aktuelle wirtschaftliche Situation Österreichs. Der Vergleich der Insolvenzdaten bildet den aktuellen Stand der Konjunktur ab.

Der Auswertung der KSV-Insolvenzstatistik liegt ein standardisiertes Verfahren zugrunde, welches regelmäßig die gleiche Art der Analyse liefert und daher die Insolvenzzahlen seit Jahren konsistent abbildet.

Durch die Vergleichbarkeit der KSV-Statistiken ergeben sich Interpretationsspielräume, die ein realistisches Bild der zugrundeliegenden Analyse im gesamtwirtschaftlichen Kontext widerspiegeln. Eventuell auftretende Abweichungen – bei abgewiesenen Konkursanträgen, eröffneten Verfahren – erklären sich daraus, dass je nach Verfahrensart die Insolvenz einer Firma nur ein Mal pro Jahr gezählt wird. Auch Änderungen der Gerichtszuständigkeit während des Insolvenzverfahrens können leichte Verschiebungen möglich machen.

Rückfragenhinweis:

Karin Stirner

Leiterin KSV1870 Unternehmenskommunikation

Telefon: 050 1870-8226, e-Mail: stirner.karin@ksv.at